

Wie kommen wir aus der Krise?

Über scheinbare und wirkliche Lösungen

Am 7. November veröffentlichte die Tageszeitung „neues deutschland“ einen kurz gefassten Artikel von mir zu dieser Problematik. Ich halte die Untersetzung der Aussagen durch eine ausführlichere Argumentation und Beweisführung für zweckmäßig.

Die Krise galoppiert mit zunehmender Geschwindigkeit einem finalen Höhepunkt entgegen. Das verwundert niemanden. Politiker haben auf ihren ungezählten Gipfeltreffen mit veranlassten oder unterlassenen Maßnahmen bisher nichts anderes erreicht, als das Funktionieren der „Finanzmärkte“ auf immer höherer Stufenleiter zu gewährleisten. Hektische Betriebsamkeit statt durchdachter Konzepte prägen die Politik. Wenn die Börse in Tokio öffnet, müssen Beschlüsse auf dem Tisch liegen. Gefangen im Systemdenken werden die absurdesten Ideen in die Welt gesetzt, um das Leben eines nicht mehr überlebensfähigen Gesellschaftssystems künstlich zu verlängern.

Im öffentlichen Disput sind zwei gefährliche Tonlagen nicht zu überhören:

Zum einen dominieren die nationalistischen großdeutschen Töne. Deutschland ist der Hort der Tugend und zahlt für die Sünder im Süden Europas, insbesondere die faulen und lügenden Griechen. Politiker und Kommentatoren versteigen sich zu der Demagogie, man müsse nur das griechische Problem lösen, dann wäre die Krise gelöst. Für deutsch-nationalistische Töne gibt es jedoch nicht die geringste Veranlassung. Die BRD ist nach den USA und Japan das am dritthöchsten verschuldete Land in der Welt, in Europa das absolut höchst verschuldete. In der pro-Kopf-Verschuldung spielt es mit über 25.000 Euro je Kopf der Bevölkerung mit Griechenland und Frankreich durchaus in der gleichen Liga. Selbst bezogen auf das durch extreme Ausbeutung überhöhte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nimmt es in der EU mit über 80% Schuldenquote den beachtlichen 6. Platz unter 27 EU-Mitgliedern ein. Mit der Fokussierung auf einzelne „Sünderstaaten“ soll offenkundig von den wirklichen Problemen abgelenkt und einer internationalen Gegenbewegung von vornherein die politische Grundlage entzogen werden. In die gleiche nationalistische Richtung zielen die Vorschläge zur Wiedereinführung der DM, den Rausschmiss von Wackelkandidaten aus der Euro-Zone, für Euro-Nord und Euro-Süd u.ä.

Zum anderen sollen die unendlich „klugen“ und widersprüchlichen Aussagen der Fachleute dem Volk suggerieren, dass es wegen der außerordentlichen Kompliziertheit der finanziellen Verflechtungen ohnehin nichts von den Problemen versteht und sich folglich in Demut fügen und den politischen und ökonomischen „Eliten“ vertrauen möge, die das Gewirr allerdings selbst nicht verstehen. Es geht aber überhaupt nicht darum, alle Tricks der Finanzmärkte zu „verstehen“. Die Finanzmärkte sind ohnehin nicht der Kern des Problems, höchstens ein wesentliches Erscheinungsmerkmal. Es gilt vielmehr, zum Wesen der Sache vorzudringen. Die im Stimmengewirr vorherrschenden Meinungen und avisierten Maßnahmen werden alle zu keiner Entschärfung, geschweige denn Lösung der Krisenprobleme, sondern zu einer weiteren Verschärfung führen.

Der **Eurorettungsschirm** ist kein Schirm, sondern ein Loch, das immer größer wird. Da kein einziger der EU-Staaten ohne Verschuldung ist, besteht das Prinzip des Rettungsschirmes darin, dass die Staaten, die – aus welchen politischen Gründen auch immer – (noch) relativ günstig weitere Kredite im Finanzmarkt aufnehmen können, diese an solche weiterleiten, die das nicht mehr können. Die Lage ist absurd. Die BRD ist mit über 2 Billionen Euro bei den Finanzmärkten verschuldet. Nun bürgt sie mit weiteren 211 Milliarden Euro über den Rettungsschirm. Auch Frankreich, Italien, Spanien „bürge“, obwohl sie doch die nächsten Pleitekandidaten sind. Der „Rettungsschirm“ aus Löchern wird immer größer.

Der aktuell von einer Allianz der Hilflosen favorisierte **Eurorettungsschirm mit Hebelwirkung** ist der letzte geradezu irrsinnige Versuch, mit nicht vorhandenem Geld ökonomische Probleme zu lösen. Da „garantieren“ Staaten mit geborgtem Geld 20 Prozent Sicherheit, um private Investoren anzulocken, die restlichen 80 Prozent zusteuern um zu spekulieren. Damit werden die Staaten endgültig dem Spiel der privaten Investoren ausgeliefert. *Zu deutsch: Wenn die Staats- und Regierungschefs an diesem Mittwoch beschließen – sie haben es beschlossen -, dem EFSF die Möglichkeit zu geben, sein Kreditvolumen zu erweitern, vielleicht sogar in Billionensummen hinein, dann könnte das dazu führen, dass die Bonität einzelner Länder herab gestuft wird. Zum Beispiel könnte Frankreich sein ohnehin unsicheres AAA-Rating verlieren, im schlimmsten Fall könnte es sogar Deutschland treffen. Was am Ende zu einer Spirale führen könnte, in der aus Hilfsländern solche werden, die Hilfe brauchen.* (TS 26. Oktober 2011) . Bereits heute zahlt die von den Märkten (noch) privilegierte BRD mit einem Zinssatz bei 2% annähernd 40 Mrd. Euro Zinsen, fast die gesamte Neuverschuldung geht für Zinsen drauf. (Die Neuverschuldung soll nach der letzten Steuerschätzung 28 Mrd. Euro betragen). Käme Deutschland unter die Verzinsung Griechenlands mit 18% Zinssatz wären 360 Milliarden Euro fällig! Das übersteigt die Gesamthöhe des gegenwärtigen Haushaltsplanes.

Die Methode **Sparen, Sparen und nochmals Sparen** ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Niemand ist gegen sinnvolles Sparen. Die realen Sparorgien sind aber nicht nur sozial ungerecht und stoßen – endlich – auf den Widerstand breiterer Schichten des Volkes, sie sind auch ökonomisch unsinnig. Die griechische Wirtschaft wird in diesem Jahr um 6 bis 7 Prozent abstürzen. Die Maßnahmen, die gegenwärtig dem griechischen Volk durch die Finanztroika aufgezwungen werden, sind unmenschlich. Da reist eine Troika junger Schnösel im Auftrag von IWF, Weltbank und EU in das Land, das als Mutter der Demokratie gilt. Einer korrupten Regierung werden die Maßnahmen zum Sparen und vor allem Privatisieren im Einzelnen vorgeschrieben. Im „demokratischen“ Parlament werden sie durchgepeitscht. Die schmalen Renten werden um weitere 20 bis 40 Prozent gekürzt. Die geringen Einkommen werden extrem besteuert, hohe Einkommen geschont. Vor Milliarden schweren Steuerhinterziehern kneift die Regierung. „Wir konnten sie nicht erfassen“, erklärt der Finanzminister im Parlament. Verzweifelte Menschen gehen in Massen auf die Straße. Wen interessiert es? Als der griechische Ministerpräsident in letzter Minute sich an das Wesen der Demokratie erinnert und eine Volksbefragung anvisiert geraten „die Märkte“ und die europäischen Politiker in Panik. Dem Wüten der Märkte und der verstärkten Ausbeutung nicht nur Griechenlands könnte ja ein Riegel vorgeschoben werden. Moderne „Demokratie“ hat anders zu funktionieren. Die Finanzmärkte diktieren, die – wie auch immer - gewählten Regierungen und Abgeordneten dienen. „Die Märkte müssen beruhigt werden“ – meint Frau Merkel. Wer sind diese Märkte? Der verstorbene Börsen-Guru Kostolany meinte: *Ich gehe gern in die Börsensäle (egal, in welchem Land), denn nirgends auf der Welt kann ich pro Quadratmeter so vielen Dummköpfen begegnen, Menschen, die stark über ihre geistigen Verhältnisse leben.* Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnet die Rating-Agenturen als „korrupte Idioten“. Die eitelsten Regierungschefs rund um den Globus dienen diesen verantwortungslosen Dummköpfen und Idioten. Ihnen bleibt gar nichts anderes übrig. Wer das Geld hat, hat die Macht. Da alle Staaten am Tropf der Finanzmärkte hängen, müssen sie deren Auflagen erfüllen. Politische Beschlüsse sind nur im Einvernehmen mit den Banken möglich. Forderungen nach dem Primat der Politik sind so lange eine Illusion, wie diese Nabelschnur nicht durchtrennt wird.

Bleibt der **Wachstumsfetischismus** als von allen geradezu religiös angeflehtes Allheilmittel. Wirtschaftswachstum kapitalistischer Konzerne in hochentwickelten Industriestaaten löst die Probleme aber nicht, im Gegenteil, es ist selbst eine wesentliche Ursache. Es schafft die riesigen Geldvermögen in wenigen Händen, die es den Spekulanten ermöglicht, ihre Spiele zu betreiben. Die Ergebnisse der deutschen Wachstumsperiode nach dem Anschluss der DDR bis zum Ausbruch der großen Krise sprechen für sich.

Das Wachstum schuf weder Arbeit noch Wohlstand. In 15 Jahren mit einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 2,8% sank das gesellschaftlich notwendige Arbeitsvolumen. Dass wir heute weniger Arbeitslose ausweisen, liegt am „ausweisen“. Real haben wir gegenwärtig nicht weniger als 3 Millionen Arbeitslose, wie die Regierung behauptet, sondern mehr als 8 Millionen Menschen ohne Arbeit, wie Experten nachweisen.

Ergebnisse der Wachstumsperiode 1991 bis 2006 in der BRD

		1991	2006	Differenz	Steigerung %
Arbeitsvolumen	Mrd. Std.	59,8	55,9	-3,9	93
Nettolöhne	Mrd. €	481	605	123,6	126
BIP	Mrd. €	1535	2325	790,0	151
Sozialleistungen	Mrd. €	258	458	199,6	177
Vermögenseinkommen	Mrd. €	467	969	502,0	207
Geldvermögen	Mrd. €	1930	4390	2460,0	227
Staatsschulden	Mrd. €	596	1497	901,0	251

Datenquelle: Statistisches Taschenbuch, Presse

Der wesentliche Anstieg in der Wachstumsperiode vollzog sich bei den Staatsschulden einerseits und im privaten Geldvermögen andererseits. Ein gutes Drittel dieser Vermögen hätte ausgereicht, um das Entstehen jedweder Staatsschulden zu vermeiden. Etwas weniger als 10 Prozent würden ausreichen, um den Zuwachs bei Nettolöhnen und Sozialleistungen zu verdoppeln. Jeder könnte ein menschenwürdiges Leben führen. Wachstum wird nur deshalb als Lösung für alle Probleme gepriesen, da es für die systemimmanente Profitwirtschaft unerlässlich ist.

Bleibt den ganz Klugen der Weg, alle ökonomischen Zusammenhänge zu ignorieren und **juristisch** Schuldenbremsen einzubauen (BRD) oder anzuheben (USA), Sanktionen und Strafen gesetzlich zu verankern, Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof einzuräumen, Dauerkontrollen der Troika einzuführen. Was soll einer von Juristen dominierten Politik ohne ökonomischen Sachverstand auch sonst einfallen? Saftige Strafen müssen her. Der Ertrinkende soll durch waterboarding gerettet werden. Noch nie haben sich objektive volkswirtschaftliche Probleme durch subjektive juristische Maßnahmen lösen lassen! In die gleiche Kategorie gehören die **administrativen** Vorschläge über eine Europäische Wirtschaftsregierung. Was soll die denn regieren, wo es nichts zu regieren gibt, da alle außer über Schulden doch über gar nichts verfügen? Was soll eine Zerschlagung der Banken in Realwirtschaft und Investment bringen? Das „scheue Reh“ Kapital wird immer den Weg finden, wo es den meisten Profit heraus schlagen kann. Was wird passieren, wenn die Troika von Angela Merkel durch alle verschuldeten EU-Länder gejagt wird?

Um zu Lösungen zu kommen, ist es erforderlich, die wirkliche Ursache für die Verschuldung der Staaten aufzudecken und die ist denkbar einfach: Seit eh und jeh, aber besonders nach der völligen Entfesselung des Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des Sozialismus, besteht sein Ziel und Inhalt darin, Profit und Reichtum für eine immer kleiner werdende Oberschicht zu mehren. Die kapitalistische Staatsmacht hat die Aufgabe, einerseits diesen Prozess abzusichern und andererseits dafür zu sorgen, dass der „soziale Frieden“ gewahrt werden möge. Dabei wurde nicht nur zugelassen, dass national und international die Kluft zwischen arm und reich immer größer, sondern auch der Staat selbst zum Bittsteller wurde.

Es muss doch den Menschen zu denken geben, dass nicht die ärmsten Länder dieser Welt die höchsten Staatsschulden haben, sondern die reichsten: USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien. Warum? Gerade diese Staaten haben den ständig steigenden nationalen Reichtum immer weniger abgeschöpft. Der Anteil der Gewinn- und Vermögensteuern am gesamten Steueraufkommen ist in der BRD von den 80-er Jahren mit 25% auf den heutigen Stand von 17% gesunken. Der Reichtum der

Nation wurde der kleinen Oberschicht zugeschanzt. Deshalb haben die reichsten Länder auch die höchste Ungleichheit in der Verteilung des Vermögens.

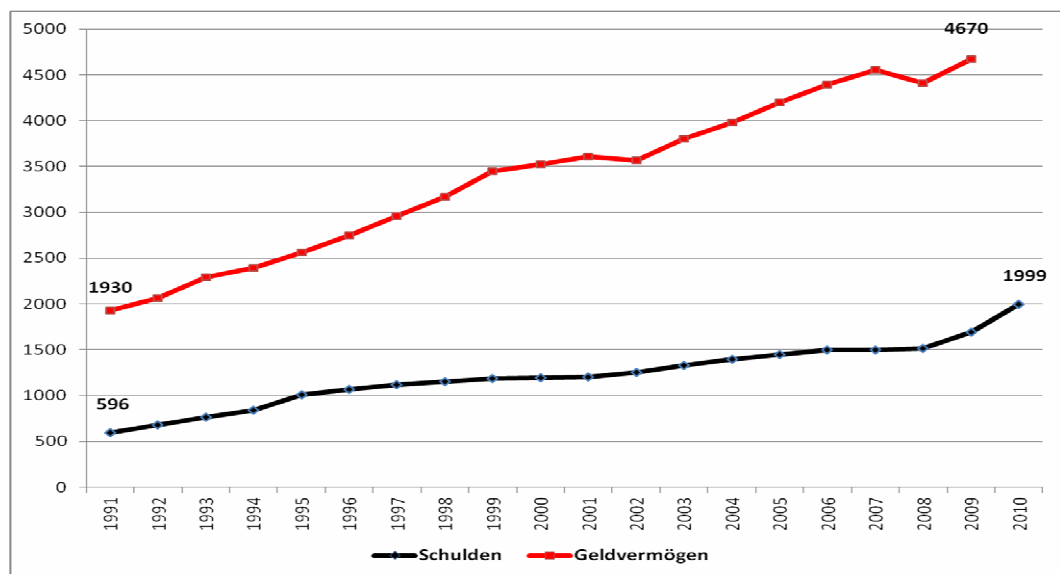
In dieser selbst geschaffenen Situation ist der Staat gezwungen, über Staatskredite sich von den Reichen der Welt über die Finanzmärkte die notwendigen Mittel zu borgen. Dagegen ist nichts einzuwenden, im Gegenteil: Damit werden wenigstens Teile des Spekulationskapitals staatlich nutzbringend verwendet. Dieser Weg ist im Interesse der Menschen sogar weiter auszubauen, wenn die staatlichen Mittel in Form von sozialen Leistungen, Bildung und Kultur auch im Interesse der Menschen verwendet werden. Einzuwenden ist, dass der Staat auf diese Mittel horrenden Zinsen zahlt und die geborgten Mittel zurück zahlen will.

Aus diesem Zusammenhang heraus ergeben sich die zwingend notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise:

Die „Schulden“ der Nationalstaaten können nicht durch fiskalische, juristische oder administrative Tricks beseitigt werden. Sie sind nur dadurch zu beseitigen, dass die Staaten „ihre Schulden“ an die Schuldner überhaupt nicht zurück zahlen und natürlich nicht sogar noch hoch verzinsen. Die Behauptung, dass künftige Generationen immer noch an unseren Schulden zu leiden haben, ist Volksverdummung. Es ist mehr als genug Geld da auf dieser Welt, nur in den falschen Händen. Die privaten Geldvermögen werden weltweit auf 125 Billionen US-\$ geschätzt, die Staatsschulden auf 95 Billionen US-\$. Da dieser immense private Reichtum nicht durch „ehrliche Arbeit“ entstanden ist, sondern durch weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur, häufig unter Einschluss verbrecherischer Machenschaften, ist der Reichtum zu enteignen. In den am meisten ausbeutenden entwickelten Industrieländern reicht annähernd ein Drittel des privaten, in kleiner Oberschicht angehäuften Geldreichtums um die staatlichen Schulden zu tilgen. Den „verarmten Reichen“ bleibt immer noch genügend, auf das sie nicht zu Hartz-IV-Empfängern werden.

Die Rechnung für die BRD ist denkbar einfach: Die Schere zwischen Schulden und Reichtum hat sich immer weiter geöffnet.

Entwicklung der Staatsschulden und der privaten Geldvermögen zwischen 1991 und 2009 in Mrd. Euro



„Die Deutschen“ verfügen gegenwärtig über liquide Geldvermögen von annähernd 4,8 Billionen Euro. „Die Deutschen“ sind aber vorrangig 10 Prozent Oberschicht, bei denen fast 2/3 des Vermögens liegen, das sind also 3,2 Billionen Euro. Erleichtern wir diese Schmarotzer um 60 Prozent, entspricht

das 2 Billionen Euro. Der gesamte Spuk der Verschuldung, Zinszahlung, Tilgung ist beseitigt. Den Spekulanten dieser Welt fehlt das Geld für ihre perversen Spiele. Die Völker können aufatmen. Die künftigen Generationen brauchen nicht unsere Schulden zurückzahlen. Wie das konkret zu realisieren ist – Schuldenschnitt, Millionärssteuer, Lastenausgleich, Vermögensabgabe, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalertragssteuer – können die hoch dotierten Weisen der Wirtschaft erforschen. Damit das „scheue Reh“ Kapital nicht gleich über den nationalen Gartenzaun springt und in den Weiten des internationalen Steuerbetrugs verschwindet, ist dabei auch der Zaun der Kapitalverkehrskontrolle von vornherein hoch genug zu errichten.

Im zweiten Schritt ist zu gewährleisten, dass derartige gesellschaftliche Disproportionen nicht erneut entstehen. Das wird nicht mit nachträglichem Besteuern eines extrem ungleich verteilten Reichtums zu bewältigen sein. Die Steuerschlupflöcher dieser Welt sind zu verlockend. Zu erreichen ist das nur, wenn der jährlich neu geschaffene Reichtum der Nation nicht in wenige Privattaschen fließt, sondern leistungsgerecht dem Volk zu Gute kommt. Im Mittelpunkt steht dabei die Vergesellschaftung großen Eigentums und die Sicherung des Menschenrechts auf Arbeit, Entlohnung und Bildung, um ein Leben in menschlicher Würde zu ermöglichen. Schlüsselweg sind die Reduzierung der Arbeitszeit und eine bedarfsgerechte Bildung.

Diese Maßnahmen müssen im dritten Schritt einher gehen mit einer wirklichen Zerschlagung der Macht des Finanzkapitals und der Abhängigkeit der Staaten und der Politik vom Agieren geistloser und anonymer Finanzmärkte. *Diese Institute müssen verstaatlicht werden. Dann kann die Regierung jene Geschäftsfelder schließen, die mit der Kreditvergabe nichts zu tun haben und sicherstellen, dass die Banken keine esoterischen Wertpapier-Wetten mehr veranstalten, die sie selber nicht verstehen,* meint Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz. (Spiegel 14/2009)

Die Verstaatlichung der Banken – nicht im Stile von Frau Merkel, die diesen ausreichend Kapital gibt, auf das sie weiter spekulieren können -, sondern Bankrott privater Bankinstitute, Entflechtung des gesamten Bankensystems, Verbot der Spekulation mit Nahrungsgütern, Rohstoffen, Währungen, von Derivaten, Leerverkäufen und anderen gesellschaftlich sinnlosen Transaktionen ganz zu schweigen, sind zwingend erforderlich.

Wenn eingewandt wird, dass derartige Schritte aber im existierenden Gesellschaftssystem nicht durchsetzbar sind, ist dem nicht zu widersprechen. Das spricht aber nicht gegen die Schritte, sondern gegen das System. Wie lange erdulden die Völker noch den Wahnsinn des entfesselten Finanzmarktkapitalismus? Wie lange lassen sie noch zu, dass wildgewordene „korrupte Idioten“ und verantwortungslose „Dummköpfe“ die Weltgemeinschaft in den Abgrund treiben? Wie lange wollen wir noch zusehen, wie gewählte Politiker konzeptionslos in Hektik und Betriebsamkeit verfallen, nur weil Börsenkurse und Ratings manipuliert werden und abstürzen?

Wenn die Gralshüter der verfassungsmäßigen Ordnung behaupten, dass diese Maßnahmen die Grundlagen der verfassungsgerechten freiheitlichen Grundordnung unterwandern und deshalb mit allen Mitteln zu bekämpfen sind, dann stellt das die Tatsachen auf den Kopf.

Das Grundgesetz der BRD beinhaltet bekannter Weise in den Artikeln 14 und 15, dass Eigentum verpflichtet, dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen hat, zu dessen Wohle in Gemeineigentum überführt werden kann und Art und Ausmaß der Entschädigung durch Gesetz zu regeln sind. Gibt es in diesem Land noch ernst zu nehmende Menschen, die die Auffassung vertreten, dass das entartete Finanzkapital der Allgemeinheit dient?

Landesverfassungen – immerhin im Gegensatz zum Grundgesetz durch Volksentscheide bestätigt – treffen noch zwingendere Aussagen. Vermögen, das die Gefahr monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht in sich birgt, ist in Gemeineigentum zu überführen.

Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Bei festgestelltem Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist in der Regel die Entschädigung zu versagen. Vom Staate verwaltet werden Großbanken und Versicherungsunternehmen - heißt es in der gültigen Verfassung des Landes Hessen, (Artikel 39 bis 41), dem deutschen Sitz der internationalen Hochfinanz.

Die Realisierung dieser Schritte würde ein Gesellschaftssystem ergeben, das den grundlegenden Artikeln des bundesdeutschen Grundgesetzes und der Landesverfassungen entspricht. Nicht die Verfassung wird dadurch deformiert, sondern die durch die praktische Politik deformierte Verfassung würde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik respektiert und realisiert. Darauf die Initiativen der sich entwickelnden Volksbewegung auszurichten, ist ein erhabenes und lohnendes Ziel.

Grundlegende Veränderungen kommen offenkundig nur noch von Volksbewegungen.

Endlich bewegt sich auch in Deutschland etwas. Bezeichnender Weise geht die Bewegung weder von linken Parteien – insbesondere der LINKEN – aus, noch von links orientierten Organisationen, Vereinen und Verbänden. Das wirft erneut ein bezeichnendes Licht auf den politischen und organisatorischen Zustand dieser Zusammenschlüsse. Es ist zu hoffen, dass nunmehr Parteien und Verbände wenigstens auf den angefahrenen Zug aufspringen, um ihm mehr Masse, Energie und Richtung zu verleihen.